



Freie Hansestadt Bremen

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

Rede der Senatorin für Klima, Umwelt und Wissenschaft

der Freien Hansestadt Bremen

Kathrin Moosdorf

Anlässlich der Debatte zur

„Umsetzung eines Klimageldes

zur Entlastung von Privatpersonen von steigenden CO2-Preisen“

in der 1042. Plenarsitzung des Bundesrates

am 22. März 2024



Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Der Kampf gegen den Klimawandel ist die Aufgabe unserer Generation. Er erfordert Mut, Kraft und Innovation. Und: Wir brauchen dafür gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur gemeinsam können wir der Klimakrise begegnen und die Chancen der Transformation nutzen. Wir brauchen für diese Generationenaufgabe jede und jeden.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir die dringend notwendige Transformation nicht nur klimagerecht gestalten, sondern auch sozialgerecht: Mit dem Klimageld können wir das schaffen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind gesellschaftliche Aufgaben von enormer Tragweite. In Bremen mussten wir gerade erleben, was es heißt mit den Folgen des Klimawandels umzugehen, Sturmflut und Dauerregen haben in unserem Bundesland zu Überschwemmungen geführt. Das sind deutlich spürbare Folgen der Klimakrise, die schon jetzt enorme Schäden verursachen.

Jede und jeder einzelne von uns trägt einen Teil der Verantwortung für den Zustand unseres Planeten. Ich bin überzeugt, dass diese Erkenntnis mittlerweile bei den allermeisten Menschen angekommen ist und sehr viele auch bereit sind, etwas gegen die Klimakrise zu unternehmen.

Jetzt muss es darum gehen, die Bürgerinnen und Bürger damit nicht alleine zu lassen! Die Menschen wissen, dass wir CO2 einsparen müssen, wo immer es geht. Sie verstehen, dass es Sinn macht, den Ausstoß von CO2 zu bepreisen.

Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen den Bürgerinnen und Bürgern keine schlaflosen Nächte bereiten, weil sie nicht mehr wissen, wie sie über die Runden



kommen sollen, weil „alles immer teurer wird“. Hier müssen wir eine Antwort geben, meine Damen und Herren. Das Klimageld ist eine gute Antwort, es ist eine transparente Antwort und eine, die direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt.

Am 15.03 hat das Umweltbundesamt seine aktuelle Klimaprojektion veröffentlicht. Die Daten haben mich aufhorchen lassen und sie haben mich gefreut: Das Klimaschutzziel für 2030 ist erreichbar. Wir sind auf Kurs und wenn wir diesen halten, können wir die Klimaschutzlücke, die zu Beginn dieses Jahres noch vorhanden war, 2030 vollständig schließen.

Wir sind also auf dem richtigen Weg. Er führt uns in die Klimaneutralität, macht uns unabhängig von Lieferanten fossiler Energien und versorgt uns langfristig mit günstiger Energie.

Um das Ziel am Ende des eingeschlagenen Weges zu erreichen, müssen wir heute investieren. Höhere Preise für fossile Energien, insbesondere eine steigende CO2-Bepreisung, unterstützen uns dabei die Verkehrs- und Wärmewende erfolgreich umzusetzen. Dabei leisten wir einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz.

Doch wir dürfen die sozialen Auswirkungen dieser Maßnahmen nicht ignorieren. Die finanzielle Belastung trifft vor allem diejenigen, die ohnehin schon wenig haben und sie trifft Menschen mit geringem Einkommen stärker als die, die mehr Geld zur Verfügung haben.

Meine Damen und Herren,

Bei meinen Begegnungen erlebe ich in Bremen jeden Tag hoch engagierte Bürgerinnen und Bürgern, die mit vollem Einsatz dafür kämpfen, dass wir alle beim Klimaschutz vorankommen. Das ist toll und gibt mir als Senatorin für Klima unheimlichen Rückenwind. Und es stimmt mich für die Zukunft zuversichtlich, dass wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise noch abwenden können.

Bremen ist aber auch ein Bundesland, in dem es viele Menschen gibt, die finanziell kaum über die Runden kommen. Ich lerne Eltern kennen, deren größte Sorge eben nicht das Klima ist. Sie fragen sich, wie sie die Heizkosten bezahlen und wie sie ihre Kinder großziehen sollen. Das heißt nicht, dass diesen Menschen das Klima egal ist – im Gegenteil.



Richtig ist: es gibt in Bremen und anderswo Bürgerinnen und Bürger, für die sind 20 Euro mehr oder weniger auf der Heizrechnung entscheidend. Sie haben wirtschaftliche Zwänge – schon jetzt. Und die müssen wir ernst nehmen, abfedern und dürfen sie auf gar keinen Fall gegen den Klimaschutz ausspielen.

Klimapolitik, das ist klar, wird die soziale Ungleichheit in diesem Land nicht auflösen. Wir sollten aber alles daran setzen, dass sie die soziale Kluft im Land nicht noch weiter vergrößert.

Denn zur Bewältigung der Klimakrise müssen wir alle mitnehmen. Genau deshalb ist mir das Klimageld so wichtig.

Wir können uns eine Spaltung der Gesellschaft in *Für* oder *Gegen Klimaschutz* nicht leisten!

Überlassen wir es nicht den Vertreter:innen vom rechten Rand, die den Klimawandel leugnen und die Transformation in eine klimaneutrale Gesellschaft verhetzen. Lassen Sie uns konkrete Lösungen anbieten. Das Klimageld ist ein wichtiges Instrument, um im Kampf gegen die Klimakrise soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Indem wir die Kosten gemeinsam tragen, soziale Gerechtigkeit sicherstellen und die Akzeptanz erhöhen, können wir eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen sichern. Jetzt ist die Zeit zu handeln!

Mit unserem Entschließungsantrag wollen wir die Forderung zur Umsetzung eines Klimageldes hier aus dem Bundesrat heraus unterstützen. In den Beratungen im Ausschuss wurde deutlich, dass die Umsetzung im Detail noch einiges an Arbeit braucht. Die Ausschussergebnisse zeigen aber auch, dass wir uns hinter dem Grundgedanken des Klimageldes gemeinschaftlich versammeln können.

Ich würde mich freuen, wenn wir heute dieses Zeichen an die Bundesregierung senden.

Vielen Dank.